

Chronik des Tages.

Die Flaggenvorordnung der Regierung soll praktisch nicht vor dem 1. August zur Anwendung gelangen.
Ueber die Groß-Hamburg-Frage haben in Berlin zwischen Vertretern Preußens und Hamburgs die Besprechungen begonnen.
In Polen ist es endlich Wilos gelungen ein Kabinett zu bilden, doch muß es sich auf größte Opposition gefaßt machen.
Bei Edinburgh ereignete sich ein Zugzusammenstoß, wobei 3 Personen getötet wurden.
Aus New York verlautet, daß Kommander Byrd, der den Nordpol überflogen hat, nochmals einen solchen Flug ausführen will, um am Nordpol zu landen.
Amundsens Luftschiff „Norge“ ist zum Nordpol gestartet.

Die Völkerverbundreform.

Zu Beginn dieser Woche hat die vom Völkerverbundrat eingesetzte Studienkommission in Genf ihre Beratung aufgenommen. Sie hat den Zweck, zu untersuchen, inwiefern die Verfassung des Bundes einer Reform bedarf. Neben den Mitgliedern des Völkerverbundesrates, den ständigen und nichtständigen Ratsmitgliedern, sind auf der Konferenz Deutschland, Argentinien, China, die Schweiz und Polen vertreten. Besondere Beachtung wird Deutschland durch den Botschafter in Paris, Dr. von Hoesch, vertreten.

Die Sachlage ist schon deshalb schwierig, weil von allen möglichen Mächten Anspruch auf ständige Vertretung im Rat erhoben wird. Man zählt etwa ein halbes Duzend solcher Ansprüche und es ist kaum abzusehen, ob sich die Zahl dieser Anspruchssteller noch erheblich vermehren wird. Daß es sich im Hinblick auf den künftigen Verlauf der Märztagung hier um einen Beratungsgegenstand handelt, dessen allgemeiner politische Bedeutung von außerordentlicher Tragweite für die fernere Zukunft des Völkerverbundes sein dürfte, steht außer jedem Zweifel. Man muß aus dem Dilemma, das durch die Struktur des Völkerverbundes geschaffen ist, in irgendeiner Weise herauskommen.

Das Ergebnis des ersten Beratungstages ist allerdings nicht vielversprechend. Zwar hob Präsident Motta am Schluß der Sitzung in einer reichlich optimistisch gehaltenen Zusammenfassung hervor, daß man sich nach dem Stande der Debatte über 2 Punkte schon „vollständig einig“ sei. Erstens darüber, daß die Einmündigkeit der Mitglieder nicht aufgehoben werden soll und dann darüber, daß der Ausschuss keine Vorschläge machen soll, die als Abänderung des Völkerverbundes angesehen und ausgelegt werden könnten. Ueber den eigentlichen Kernpunkt der Ratfrage, über die Erweiterung des Völkerverbundes, ist jedoch keinerlei Einigung erzielt und wird wahrscheinlich auch nicht so rasch zustande kommen.

Im Mittelpunkt der ersten Verhandlungen der Studienkommission stand die große Rede des französischen Delegierten Paul-Boncour, dessen Warschauer Rede uns allen noch in übelster Erinnerung ist. Auch in Genf konnte er es nicht unterlassen, Deutschland einen Hieb zu versetzen, indem er auf die Gefahr des „Berliner Vertrags“ hinwies. Er betonte aber auch die Zweckmäßigkeit des deutschen Eintritts in den Völkerverbund, doch müsse, um einen „natürlichen Ausgleich“ herbeizuführen, die Zahl der nichtständigen Mitglieder gleichzeitig erhöht werden.

Demgegenüber machte der Vertreter Italiens, Scialoja, die treffende Bemerkung, daß ja die Zahl der nichtständigen Ratsmitglieder bereits früher im Hinblick auf die Möglichkeit des Beitritts von Deutschland von vier auf sechs Staaten erhöht worden sei, ein nochmaliger „Ausgleich“ also wohl kaum am Platze sei. Im übrigen sprach sich der italienische Delegierte gegen eine Vermehrung der ständigen Mitglieder aus, mit der Begründung, daß die Zahl der ständigen Mitglieder nach Auffassung der Verfasser des Völkerverbundes — zu welchen Scialoja selbst gehörte — nur mit dem Eintritt Deutschlands, der Vereinigten Staaten oder Australiens von Fall zu Fall erhöht werden soll.

Die Vertreter Japans und Schwedens stimmten im wesentlichen der italienischen Auffassung über die ständigen Ratsmitglieder zu, während der englische Delegierte Lord Robert Cecil jede Diskussion über die ständigen Mitglieder überhaupt vermied und lediglich von den nichtständigen Ratsmitgliedern sprach. Es ist daher anzunehmen, daß die weiteren Beratungen der Studienkommission sich ebenfalls auf die Frage der nichtständigen Ratsmitglieder beschränken werden. Ohne große Auseinandersetzungen wird es dabei allerdings kaum abgehen. Wenn sich bis jetzt auch noch keine sonderlichen Hemmungen gezeigt haben, so werden sie wohl kaum auf sich warten lassen. Alsdann muß die Befestigung dieser Schwierigkeiten in einem Sinne versucht werden, der den von uns grundsätzlich zu fordernden Vorbedingungen entspricht.

Weimarer Nachklänge.

„Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern.“

Hindenburgs Besuch bei der Regierung Thüringens war für Weimar ein Ereignis, das alle Bevölkerungsschichten in lebhafter Begeisterung versetzte. Nach einer Rundfahrt durch Weimar und Umgebung fand eine Festvorstellung im Nationaltheater statt. Es wurde die Helena-Phantasmagorie aus Faust und die Kitzlingene aus Wilhelm Tell aufgeführt.

Bei der Kitzlingene wiederholte der Reichspräsident schenkend den Kitzlingenspruch: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“

Auf die Ansprache des Staatsministers Leutheußer im großen Saal des Schlosses antwortete der Reichspräsident u. a.:

„Es ist mir eine besondere Freude, heute nach laugen Jahren Thüringen und die freundliche Stadt an der Ilm in ihrem Frühlingsschmucke wiederzusehen, diese Stadt, die im Gesamtbild deutscher Kultur einen so hervorragenden Platz einnimmt, und dieses schöne Land, das für alle Deutschen so viele Erinnerungen in sich birgt. Zwei Stätten

sind es dort, die uns allen besonders lieb und wert sind und die für ganz Deutschland nationale Heiligtümer bedeuten: Die sagenumwobene Wartburg, die den Sammel- und Höhepunkt erster deutscher Poesie darstellt, und das klassische Weimar, das uns die höchste Stufe deutscher Dichtung und geistiger Entwicklung versinnbildlicht. Gerade in den schweren und dunklen Tagen, die das harte Schicksal unserer Zeitgenossen auferlegt hat, haben Viele es dankbar empfunden, welche harte Macht in unseren geistigen und kulturellen Gütern enthalten ist und wieviel Trost und Zuversicht diese geben können.“

Nur die vollste Ausnutzung dieser inneren Kräfte kann uns zur Gesundung und zu neuer Geltung bringen; wir alle müssen in jehiger Zeit doppelt danach streben, in unserem Volke das heilige Feuer des Idealen wachzuerhalten, um nicht einen wertvollen Teil unseres Wesens und unseres Volkstums zu verlieren.“

Der Streik in England.

Günstige Wendung für die Regierung.
Die Lage des Streiks in England, die sich äußerlich wenig verändert hat, dreht sich immer mehr zugunsten der Regierung. Die Versorgung mit Lebensmitteln wird zunehmend besser, auch verkehren täglich mehr Züge, doch scheint der Zugverkehr, der ja durchweg von Freiwilligen geleitet wird, nicht ungefährlich zu sein. Von mehreren Plätzen Englands werden Zusammenstöße gemeldet, bei denen 4 Personen getötet und doppelt soviel verletzt wurden.

Der Londoner Hafen unter Militärschutz.
In den Häfen ist der Verkehr beinahe wieder normal. Auch im Londoner Hafen ist es wieder lebendig. Von Panzerwagen des Lanckorps beschützt, durchzogen 300 Autolastwagen das Eastend, während die Bevölkerung schlief. Den Autolastwagen entstieg mit Stahlhelm und Brustpanzer bewehrte Gardien, die sofort an Stelle der Streikposten vor den Eingängen zu den Docks sich unterstandsmäßig einrichteten. Unterdessen wurden etwa 150 Autolastwagen mit Mehl und Zucker beladen und unter dem Schutz von Kavallerie und Tagls zum Hyde Park gefahren, wo die Verteilung der Lebensmittel stattfindet. Der Hafen ist jetzt unter dem dauernden Schutz von zwei Bataillonen.

Die Regierung beschlagnahmt das Zeitungsdruckpapier.
In der letzten Unterhausdebatte gab der Schatzkanzler Churchill bekannt, es sei nötig geworden, vorläufig alles Papier zu requirieren, das sich für die Herstellung der von der Regierung herausgegebenen Notzeitung eignet. Demnach würde also das Organ der Streikenden nicht mehr gedruckt werden können.

Die Ostender Konferenz der Gewerkschaftsinternationale sah den Beschluß, in dieser Woche eine Konferenz nach Duisburg einzuberufen, die sich mit der Verhinderung der Ausfuhr von Fuhrkohle nach England beschäftigen soll.

Politische Rundschau.

Den Angehörigen der Reichswehr ist der Bezug des bolschewistischen Propagandafilms „Panzerkreuzer Potemkin“ wegen Gefährdung der Disziplin verboten worden.

Deutschnationale Interpellation nach dem Reichsschulgesez.
Die deutschnationale Reichstagsfraktion fragt in einer Interpellation die Reichsregierung, wann sie, entsprechend dem dringenden Wunsch weite Kreise, der Forderung der Reichsverfassung und den wiederholten Beschlüssen des Reichstages, den langemartierten Entwurf eines Reichsschulgesezes einzubringen gedenke.

45-Millionenleihe der Stadt Berlin.
Der Stadt Berlin ist die Aufnahme einer Anleihe im Betrage von 45 Millionen Reichsmark genehmigt worden. Der Erlös der Anleihe dient zur Förderung des Wohnungs- und Siedlungsbaues, zum Bau von höheren Schulen, Berufs- und Fachschulen, von Kranken- und Badeanstalten, Bureau-, Dienstgebäuden und Tiefbauten für das Feuerlösch- und Gesundheitswesen.

Regierungsbereitschaft der Sozialdemokratie.
Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat folgenden Beschluß zur Flaggenfrage gefaßt: „Für den Fall, daß es infolge der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggenfrage zu einer Regierungs-Interpellation kommt, ermächtigt die sozialdemokratische Fraktion ihre Unterhändler grundsätzlich zu Verhandlungen über die Neubildung der Regierung.“

Die Christliche Gewerkschaftsinternationale zum Generalkongress.
Der Vorstand des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften beschäftigte sich in Köln in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der Christlichen Fachinternationalen von Bergarbeitern, Eisenbahnern und Transportarbeitern mit der gegenwärtigen Lage in England. Er stellte auf Grund des vorliegenden Materials fest, daß die englischen Bergarbeiter sich in einem berechtigten Abwehrkampf gegen Verschlechterung der Löhne und der Arbeitszeit befinden. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es, daß vor allem das Umsichgreifen des revolutionären Kommunismus mit allen seinen Schäden für die Arbeiterschaft und die Gesamtheit verhindert werden müsse. Ueber die gegenüber dem englischen Generalkongress zu ergreifenden praktischen Maßnahmen sollen die Fachinternationalen in Verbindung mit dem leitenden Ausschuss gegebenenfalls Beschlüsse fassen.

Rundschau im Auslande.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen Farfer Gilbert hält sich acanwärta in Paris auf. we er mit

der Reparationskommission über das Funktionieren des Dawosplanes verhandelt.

Neue Enthüllungen des Prinzen Windisch-Grätz.

In der Montagabendverhandlung des Budapester Frankfurterprozesses nannte der Angeklagte Raba, Privatsekretär des Prinzen Windisch-Grätz, ausdrücklich den Ministerpräsidenten Bethlen als Mitschuldigen. Auf die Frage, ob die Regierung die Aktion unterstützt habe, oder ob sie wenigstens eine Art Rückendeckung gebildet habe, verweigerte Windisch-Grätz die Aussage. Darauf erklärte der ehemalige Polizeichef Radossy, er habe niemand irgendwelche Anhaltspunkte dafür gegeben, daß die Regierung von der Sache wisse. Kein Mitglied der Regierung habe davon gewußt. Das für die Fällungen benötigte Papier, sagte Windisch-Grätz aus, sei dasselbe, das die Franzosen im Ruhrgebiet zur Fällung deutscher Banknoten verwendet hätten. Ein gewisser Schulze habe unter dem Zwang der Franzosen an der Herstellung teilgenommen.

Die neue polnische Regierung.

Dem zum 8. Mai mit der Regierungsbildung in Polen betrauten Bauernführer Witos ist es, wie aus Warschau gemeldet wird, gelungen, gemeinsam mit der Rechten und der nationalen Arbeiterpartei gegen die Opposition der Linken eine Regierung zu bilden. Viele Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts Strazynski behalten ihre Vorstellen. Das Ministerium des Innern, das Kriegsministerium und das Ministerium des Innern sind neu besetzt worden. Graf Strazynski hat die neuerliche angebotene Mitwirkung an der neuen Regierung abgelehnt. Dem polnischen Gesandten in Bukarest Bielowiecki ist angeblich der Vorschlag gemacht worden, das Außenportefeuille zu übernehmen. Seine Antwort soll noch ausstehen.

Wanderbelde bleibt belgischer Außenminister.

Der sozialistische Kammerpräsident Brunet wird, wie aus Brüssel gemeldet wird, ein nationales parlamentarisches Kabinett bilden, das sich aus 5 Sozialisten, 5 Katholiken und 2 Liberalen zusammensetzt. Wanderbelde wird Außenminister bleiben. Wanderbelde erklärte, die Verhandlungen der letzten Tage hätten zu dem Ergebnis geführt, daß man die Bildung einer Regierung ins Auge faßte, deren besondere Aufgabe die Rettung des Franken und die Wiederherstellung der finanziellen Lage Belgiens sei.

Preussischer Landtag.

Die Erhaltung des Kölner Doms.

Der Preussische Landtag setzte die zweite Beratung des Kultusetat beim Abschnitt „Universitäten, technische Unterrichtsanstalten und sonstige wissenschaftliche Anstalten“ fort. Auch heute wurden von den einzelnen Fraktionsrednern wieder zahlreiche Wünsche vorgebracht. Im Anschluß daran wurde das Kapitel Kunst behandelt. Mit der Beratung verbunden war die Besprechung der Anträge über die Not der Schriftsteller und der Musiker, sowie eine große Anfrage des Zentrums über die Erhaltung des Kölner Doms.

In der letzten Angelegenheit führte ein Regierungsvertreter aus, daß allein die Wiederherstellungsarbeiten am Chor zu hundert Millionen Mark kämen. Die Staatsregierung werde, soweit es die Finanzlage des Staates erlaube, die Bauten am Kölner Dom mehr als bisher fördern und hoffe, daß schon bald einmalige Vorgehensweisen werden könne.

Schließlich wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Kompromiß im Flaggenstreit.

Vorläufig keine Anwendung der Flaggenverordnung?
Berlin, 11. Mai.

Nachdem die Reichsparteivorstände des Zentrums und der Demokraten den Einspruch ihrer Reichstagsfraktionen gegen die neue Flaggenverordnung gestern ausdrücklich gebilligt hatten, trat das Reichskabinett am Montag, abends 10 Uhr, in den Räumen des Reichsaussenministers Dr. Stresemann, den am Montag seinen 48. Geburtstag feierte, zu einer nächsten Kabinettsitzung zusammen, die drei Stunden dauerte, ohne daß es zu einem Beschluß kam.

Am Dienstag vormittag hat sich die Reichsregierung dann nach erneuten Besprechungen entschlossen, den demokratischen Wünschen in bezug auf eine Aussetzung des Flaggenverlasses entgegenzukommen. Die Verordnung soll bis zum 1. August zwar nicht ausgesetzt, aber nicht praktisch in Anwendung gebracht werden. Man erwartet, daß spätestens bis zu diesem Termin die Beratungen zur Schaffung der Einheitsflagge im Sinne des Schiedens des Reichspräsidenten abgeschlossen sind, sodas dann die Verordnung voranschrittlich gegenstandslos sein würde.

Reichsinnenminister Dr. Riß übermittelte diesen Beschluß der demokratischen Reichstagsfraktion, die jedoch ihre endgültige Haltung zu dem Mißtrauensvotum der Sozialdemokratie von der Erklärung des Reichskanzlers abhängig machte. Auch die übrigen Fraktionen entschlossen sich, ihre Entscheidung erst nach der Kanzlerrede zu treffen.

Die Interpellation der Sozialdemokratie.

Die Flaggendebatte im Reichstag.
Angefaßt dieser Lage sah man im Reichstag der Erklärung des Reichskanzlers allgemein mit großer Spannung entgegen. Am Regierungstisch hatten der Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Innenminister Dr. Riß, Justizminister Dr. Marx und die anderen Mitglieder des Kabinetts Platz genommen. Das lebhafteste Interesse, das das Publikum an den Verhandlungen über die Flaggenfrage nimmt, machte sich durch außerordentlich starken Besuch der Tribünen geltend.

Auf der Tagesordnung stand die sozialdemokratische Interpellation zur Flaggenfrage. Verbunden damit sind ein sozialdemokratisches Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler und ein volkstümliches Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett. Der Antrag der Sozialdemokraten wird damit begründet, daß der Flaggenrat durch die Veränderung der Dienstflagge der Reichsbehörden zur See den Farben Schwarz-Rot-Gold eine vermehrte Bedeutung beilege, die abgelehnt werden müsse.

Abg. Reichswehr (Soz.) begründete die Interpellation seiner Fraktion. Sowohl der Inhalt der Flaggenverordnung als auch die Art ihrer Einbringung hätten berechtigte Empörung im Volke hervorgerufen. Der Reichskanzler habe sich auf die Honoratiorenklubs der Auslandsdeutschen berufen, aber das Parlament habe er nicht gefragt, nicht einmal die Parteien, auf die er sich stütze. Es ist das nicht das erste Mal, in erklärte der Redner, daß er die Parteien des